

SPD fordert Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft

Zu den Zahlen des Statistischen Bundesamtes zur Lohndifferenz zwischen Frauen und Männern erklärt die stellv. Landesvorsitzende der BayernSPD, Adelheid Rupp, MdL:

"Die Zahlen belegen: Freiwillig tut sich in der Wirtschaft gar nichts.

Die Gehaltsschere zwischen Frauen und Männern geht immer weiter auseinander.

Der Bruttostundenlohn von Frauen in Deutschland lag mit 14,05 Euro im Jahr 2006 um 24% unter dem durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von Männern in Höhe von 18,38 Euro.

In den alten Bundesländern beträgt der Lohnunterschied sogar 25%.

Diese Ungleichbehandlung ist nicht hinnehmbar. Die Wirtschaft muss nun endlich in die Verantwortung genommen werden. Die SPD fordert daher ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft. Des Weiteren muss der gesetzliche Mindestlohn eingeführt werden. In Bayern unterstützt die SPD daher das Volksbegehren des DGB. Dieses ist ein weiterer wichtiger Schritt zur Beseitigung der Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern.

Der Frauenanteil bei den Einkommen unter 1000 Euro liegt in Bayern bei 75 Prozent. Ein finanziell unabhängiges Leben kann damit kaum geführt werden.

Gerade im Niedriglohnssektor ist der Frauenanteil mit 70% besonders hoch.

Armutslöhne unter 7,50€ werden auch in Bayern in vielen Bereichen bezahlt.

So verdient z.B. eine Gärtnerin/Floristin 5,56€ und eine Friseurin 6,34€ in der Stunde.

Diese geringen Einkommen wirken sich natürlich entsprechend auf die Renten aus.

Altersarmut ist vor allem ein weibliches Problem. Frauen erhalten in Bayern im Schnitt eine Rente von rund 480 Euro - das ist mit am wenigsten in Deutschland -, Männer bekommen etwa 780 Euro.

Diesem verantwortungslosen Handeln der Wirtschaft muss ein Riegel vorgeschoben werden. Es ist höchste Zeit, ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft und einen flächendeckenden Mindestlohn einzuführen.

Dem Freistaat Bayern würde es nicht schlecht anstehen, mit gutem Beispiel voran zu gehen. Bisher verweigert sich die CSU jedoch im Bund jeglicher Initiative in Richtung eines Gleichstellungsgesetzes für die Privatwirtschaft "